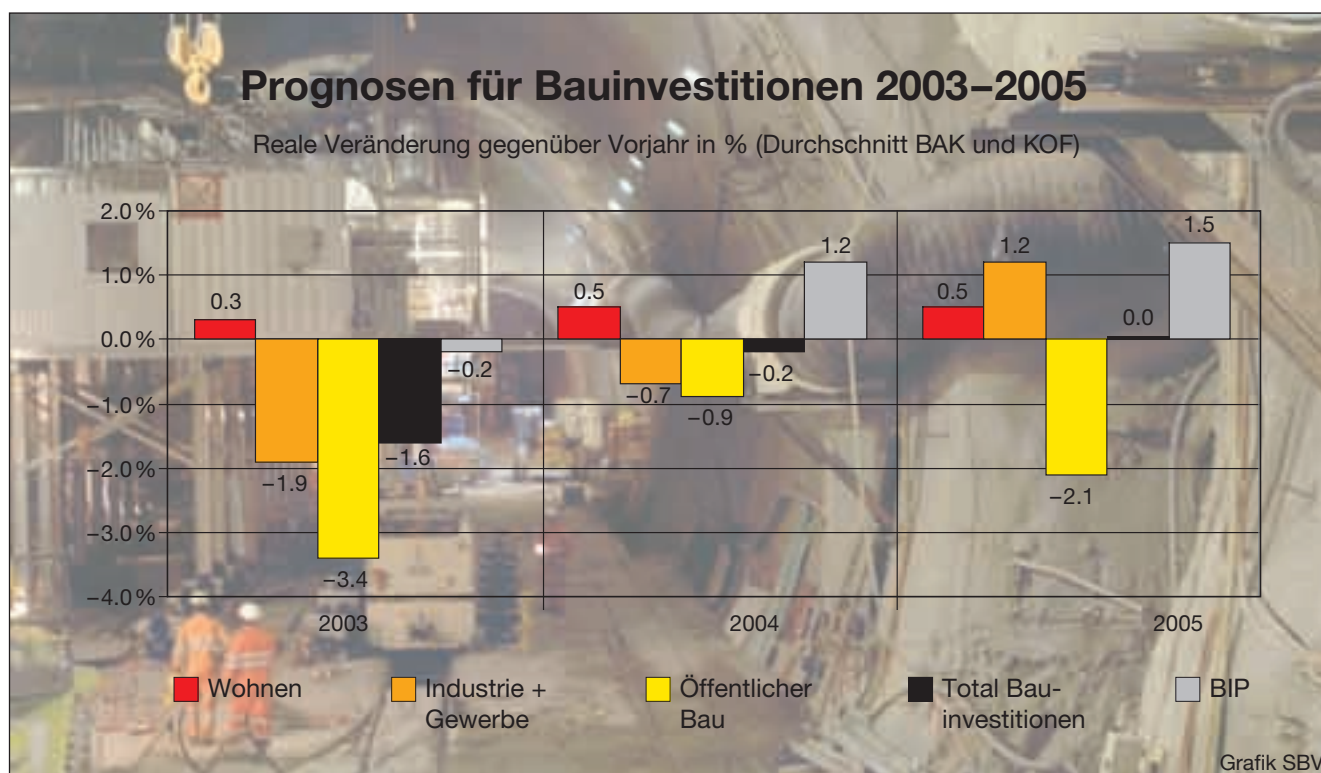


## Keine weiteren Sparübungen bei Bauinvestitionen und ein engagiertes Ja zum Steuerpaket

Dies der Tenor an der Herbstplenarversammlung 2003 von bauenschweiz in Bern



Die Entwicklung der Bauinvestitionen in den Jahren 2003–2005 charakterisiert sich weiterhin dadurch, dass sie unter dem durchschnittlichen Wachstum der nationalen Volkswirtschaft (BIP) liegt. Besorgniserregend ist die wiederkehrende, jährliche Abnahme der öffentlichen Bauinvestitionen. Eine Verstärkung derselben würde es der Bauwirtschaft ermöglichen, sich synchron mit den anderen Sparten der Volkswirtschaft zu entwickeln.

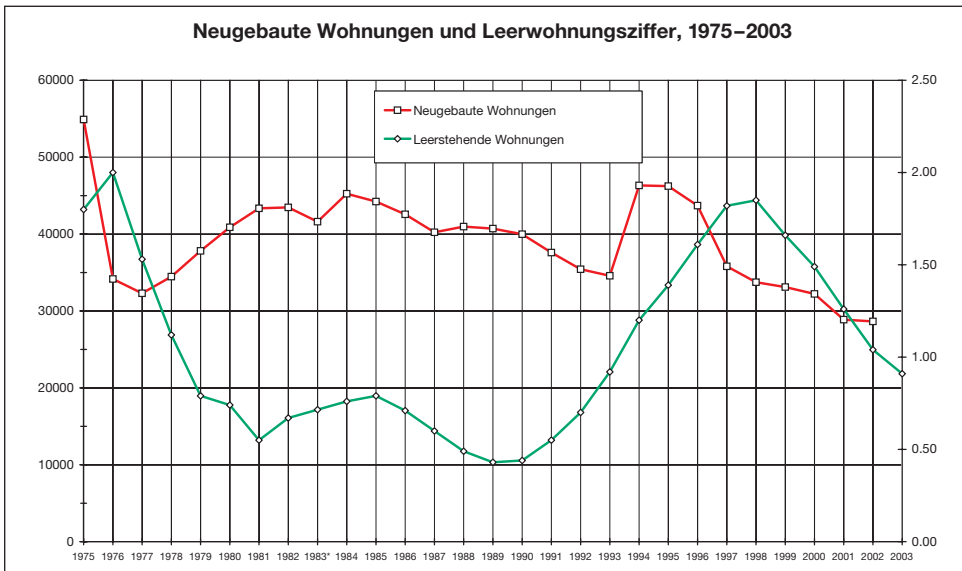
Mit dem Entlastungsprogramm 2003 hat der Bund bei den Verkehrsinfrastrukturen namhafte Kürzungen vorgenommen. bauenschweiz, die Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft, anerkennt, dass angesichts der desolaten Finanzen der Gürtel enger zu schnallen ist. Unverständnis erweckt aber die unverhältnismässige Kürzung bei den Bauinvestitionen. Nationalrat Robert Keller, Präsident der Organisation, forderte an der Plenarversammlung, dass im nächsten Entlastungsprogramm des Bundes die Bauinvestitionen völlig ausgenommen werden.

Mit Befremden nahm bauenschweiz zudem das «Ja, aber» des Bundesrats zur Wohneigentumsförderung zur Kenntnis. Die Delegierten zeigten kein Verständnis für den entsprechenden bundesrätlichen Vorbehalt zum Steuerpaket. Sie verabschiedeten deshalb eine Resolution (siehe Kasten), in der sie dazu aufrufen, dem Kantons- und Volksreferendum eine deutliche Abfuhr zu erteilen und bekräftigen, dass sich bauenschweiz allen Versuchen widerset-

zen wird, die Wohneigentumsvorlage nach einer Annahme in der Volksabstimmung wieder zu verwässern.

### Kritik an Investitionspolitik

Robert Keller zeigte in seiner Präsidiarrede an der Plenarversammlung auf, dass die Entwicklung der Staats- und Bauausgaben in den 80er Jahren noch relativ stetig verlaufen ist. Demgegenüber weisen die beiden Grössen ab den 90er Jahren eine völlig entgegengesetzte Tendenz auf. Während der staatliche Konsum als Folge der drastisch gestiegenen Sozialausgaben überproportional zunahm, sanken die für Wachstum und Vollbeschäftigung unerlässlichen Vorleistungen in Form von Bauinvestitionen auf ein im internationalen Vergleich einmalig tiefes Niveau. Wie die jüngsten Sparvorschläge des Bundes im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 zeigen, droht sich die Schere noch weiter zu öffnen.



Quelle BWO

Dieser Teufelskreis muss, so Keller, zugunsten einer wieder prosperierenden Wirtschaftsentwicklung durchbrochen werden; und zwar durch Bildung einer vom Bundesfinanzhaushalt getrennten Investitionsrechnung – analog zu den Kantonen und Gemeinden – sowie durch Schaffung eines echten zweckgebundenen Infrastrukturfonds analog zum Fonds für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Zudem müssen in einem weiteren Entlastungsprogramm des Bundes die Bauinvestitionen ausgenommen werden.

«Wir haben eine anhaltende Konjunkturlaute, gepaart mit einer angespannten Lage der öffentlichen Finanzen. Vor diesem Hintergrund ist das Investitionsverhalten der öffentlichen Bauherren auf allen Ebenen aus konjunktur- und beschäftigungspolitischer Sicht fragwürdig, da gerade bei den ohnehin zweckfinanzierten Verkehrsinvestitionen der Sparhebel angesetzt wird. Sparen ja, aber nicht bei den Investitionen!», so der Präsident von bauenschweiz. «Gerade das Entlastungsprogramm 2003 verkennt die besondere konjunktur-, beschäftigungs- und wachstumspolitische Bedeutung der Investitionen für unsere Volkswirtschaft. Sollte an den rigorosen Kürzungen der Bauinvestitionen festgehalten werden, müsste in bezug auf die Baukonjunktur und die Beschäftigung über das Jahr 2003 hinaus mit anhaltenden rezessiven Wirkungen gerechnet werden. Eine solche öffentliche Investitionspolitik wäre für unsere Volkswirtschaft letztlich mit unnötig hohen Folgekosten in Form von problematischen Konjunkturprogrammen, zusätzlicher Arbeitslosenunterstützung und anhaltender Wachstumsschwäche verbunden.»

fristigen Investitionsprojekte nicht mehr von kurzfristigen Sparübungen abhängig sein dürfen. Sparen sollte nicht Selbstzweck sein. Vor Streichung oder Verzögerung eines Infrastrukturprojektes müssen die volkswirtschaftlichen Konsequenzen geprüft und als Entscheidungskriterien einbezogen werden. Die aktuellen Forderungen des BPUK-Präsidenten: Beim Bund ist ein aus der Finanzrechnung ausgegliederter Verkehrsfonds unerlässlich; die Verkehrsinfrastrukturen sind weiter auszubauen, das Nationalstrassennetz endlich fertigzustellen; der Gegenvorschlag zu «Avanti» ist zu unterstützen; in weiteren Bundes-Entlastungsprogrammen müssen die Verkehrsinfrastrukturen völlig ausgenommen werden.



Peter Gurtner, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen.

### Förderung des privaten Wohnungsbaus

Seit 1994 sank die Wohnungsproduktion um rund 40 % auf 28 644 Einheiten. Die langfristig erforderliche Neuproduktion dürfte – so Dr. Peter Gurtner, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen – nach wie vor bei etwa 32 000 bis 35 000 Einheiten jährlich liegen und damit rund 10 bis 15% über der aktuellen Bautätigkeit. Dies obwohl die Leerwohnungsziffer seit 1998 laufend abgenommen hat (s. Grafik).

«Kann es daher sein, dass wir gesamthaft gar keine höhere Wohnungsproduktion brauchen?», fragte Gurtner etwas provokativ. Da die Abbruch- und Umwandlungsraten gesamtschweizerisch äusserst gering und auch die Renovationstätigkeiten moderat seien, entstehe je länger, je mehr ein Erneuerungsstau. Entscheidend blieben der Wille und die Fähigkeit von Investoren, sich im Wohnungsmarkt zu engagieren. Die objektiven Voraussetzungen seien heute günstig. Andererseits seien jedoch auch die vom Staat und von privater Seite geschaffenen Rahmenbedingungen weiter zu optimieren.



Claude Lässer, Präsident Schweiz. Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz.

### Leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen unabdingbar

«Heute wissen die Kantone erst im Dezember nach der Budgetdebatte, mit welchen Bundesbeiträgen sie rechnen können. Damit ist es unmöglich, die Investitionen für das folgende Jahr zu planen und ordnungsgemäss abzuwickeln», stellte Staatsrat Claude Lässer, Präsident der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), in seinem Referat fest. Er forderte deshalb, dass die lang-



Prof. Franz Jaeger.

### Zukunft der Bauwirtschaft in schwierigen Zeiten

Das Gastreferat hielt Prof. Dr. Franz Jaeger, der sich aus wirtschaftspolitischer Sicht zur «Zukunft der Bauwirtschaft in schwieriger Zeit» äusserte. Auch er forderte, u. a. und was die Bauwirtschaft betraf, eine Verstärkung der Infrastrukturinvestitionen, zusätzlich aber auch eine konsequente Deregulierung des heute völlig verreglementierten Bauprozesses. Darüber hinaus zeigte

er auf, wie die schweizerische Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad finden kann. Fiskal- und Arbeitsmarkt-



**Das neue Führungsduo von bauenschweiz: Präsident Robert Keller (links) und Geschäftsführer Charles Buser.**

## Resolution zum Steuerpaket

Das Steuerpaket wird von bauenschweiz uneingeschränkt unterstützt. Es ist ein Massnahmenbündel, das den Mittelstand stärkt, Familien entlastet, Ungerechtigkeiten bei der Familienbesteuerung beseitigt und den Finanzplatz Schweiz stärkt.

bauenschweiz setzt sich für eine echte Förderung des Wohneigentums ein. Wohneigentum als Basis persönlicher Entfaltung und als ideale Altersvorsorge muss einer breiteren Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Wohneigentum stärkt die Selbstverantwortung der Bürger, ist staats- und gesellschaftspolitisch überaus erwünscht und hat über den Weg einer angeregten Bautätigkeit einen grossen volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Nutzen.

Der «Systemwechsel», der den Verzicht auf die Besteuerung der Eigenmiete vorsieht, aber gleichzeitig auch in Zukunft in angemessener Weise auf die Besteuerung des baulichen Unterhalts verzichtet und überdies Bauspareinlagen grosszügig von den Steuern befreien will, findet daher in der vom Parlament beschlossenen Fassung die Zustimmung von bauenschweiz.

Gerade bei Klein- und Kleinstunternehmen des Baugewerbes liegt ein erheblicher Teil des Umsatzes im Bereich der Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten. Ein angemessener steuerlicher Unterhaltsabzug ist deshalb volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch wichtig, trägt zu einer gepflegten Bausubstanz bei und verhindert, dass der Schwarzarbeit Vorschub geleistet wird.

### **bauenschweiz ruft deshalb dazu auf,**

- sich im Interesse der Erhaltung des Finanzplatzes Schweiz, der Entlastung unserer Familien, besonders aber auch zur Förderung des Wohneigentums klar für das Steuerpaket einzusetzen und dem Kantons- und Volksreferendum eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

### **bauenschweiz appelliert an den Bundesrat,**

- sich ohne Wenn und Aber für die von den eidg. Räten beschlossene Vorlage einzusetzen und aus staatspolitischen Gründen von der Absicht Abstand zu nehmen, nach einem allfälligen Ja zum Steuerpaket eine korrigierte Wohneigentumsvorlage unterbreiten zu wollen;

### **bauenschweiz bekräftigt,**

- dass sie sich allen Versuchen widersetzen wird, die Wohneigentumsvorlage nach einer Annahme in der Volksabstimmung wieder zu verwässern.

bedingungen spielen dabei eine wichtige Rolle. «Man werde verstehen, dass er sich auch kurz zu den Bundesratswahlen äussern wolle», sagte Jaeger, und schloss damit sein fulminantes Referat ab.

## Neuer Geschäftsführer

Der Vorstand von bauenschweiz hat Charles Buser zum neuen Geschäftsführer gewählt. Er wird Peter Koller ersetzen, der Ende 2003 pensioniert wird. Buser wird die Funktion als Teilzeitmandat ausüben und weiterhin als Politischer Sekretär beim Schweizerischen Gewerbeverband tätig sein. Nachdem Buser kurz über seinen beruflichen Werdegang informiert hatte ging er auf seine künftige Arbeit bei bauenschweiz ein. Leitlinien des Handelns sollen das rasche, pragmatische Angehen der einzelnen Fragen sein, verbunden mit der nötigen Dienstleistungsbereitschaft. «Man soll von bauenschweiz hören!», erklärte Buser. Es werde sich im Einzelfall schnell zeigen, wo bauenschweiz als Koordinationsorgan, als Träger branchenübergreifender Aktionen, als Ansprechpartner der Bauwirtschaft für Dritte und als gemeinsames Sprachrohr für seine Mitglieder von Nutzen sein und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen möglichst effizient wirken könne. Konzepte und Strategien müssten möglicherweise etwas warten. Er sei glücklich, in der Gestalt des Präsidenten einen direkten Draht zum Parlament zu haben und bei der administrativen Arbeit auf ein leistungsfähiges Sekretariat in Zürich zählen zu können.

## Export von Bauleistungen

Der Schweizerische Baumeisterverband SBV hat kürzlich, zusammen mit dem Euro Info Center EICS der OSEC, eine Dokumentation herausgegeben «Export von handwerklichen Leistungen (Bau- und Montageleistungen)». Diese 8-seitige Broschüre gibt Hinweise für KMU und Gewerbetreibende, speziell aus dem Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, die sich für Aufträge ennet der Grenze interessieren.



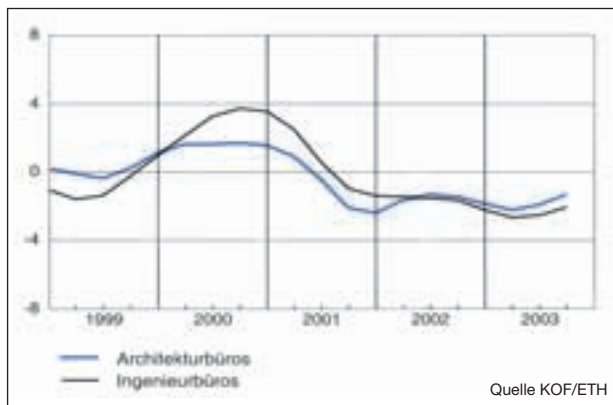
Die Broschüre kann aus der Homepage des Internetauftritts vom SBV «[www.baumeister.ch](http://www.baumeister.ch)» heruntergeladen oder beim SBV Zürich (Frau A. Röllin, 01 258 82 61) bestellt werden.

## Zur Lage der Bauwirtschaft

### Planung und Projektierung

Die Ergebnisse der KOF-Umfrage zum 3. Quartal 2003, erstellt im Zusammenarbeit mit dem SIA, zeigen eine Geschäftslage im Projektierungssektor, die sich nicht verschlechtert hat. Die Stabilisierung, wenn auch auf tiefem Niveau, führt etwas mehr Ingenieurbüros (rund 64 % der befragten Unternehmen) als Architekturbüros (rund 48 %) dazu, die Lage als befriedigend einzustufen. Bei den restlichen Büros überwiegen die negativen Meldungen nur leicht die positiven Einschätzungen. Dies lässt sich damit erklären, dass die erbrachten Leistungen nicht mehr rückläufig sind; allerdings reduzierten sich die Bausummen neu abgeschlossener Verträge in allen Bausparten, am meisten im Infrastrukturbau, am wenigstens im Wohnungsbau. Letztere verzeichneten sogar einen leichten Anstieg bei den Architekten. Der Anteil Umbauten am gesamten Umsatz hat sich seit Anfang des Jahres bei den Ingenieurbüros leicht erhöht, eine Folge der Abnahme neuer Bauprojekte; bei den Architekten ist er nahezu konstant geblieben. Dieser Anteil liegt, nach der jetzigen Trendumkehr, immer noch wesentlich unter demjenigen von Ende der 90er Jahre bzw. vor Beginn des 21. Jahrhunderts.

### Entwicklung des Auftragsbestandes gegenüber Vorquartal, in %



Die Trendwende scheint auch im Projektierungssektor Einzug gehalten zu haben, die Auftragsbestände nehmen zwar weiterhin ab, jedoch weniger stark.

Das Schrumpfen des Auftragsbestandes hielt seinerseits an; infolge Anpassungen der Ressourcen, speziell der Beschäftigtenzahl, bei den Büros hat sich aber die Reichweite des reduzierten Auftragsbestandes geringfügig erhöht. Im 4. Quartal rechnen die Architekten mit einer leichten Zunahme der Auftragseingänge, gepaart mit einer Senkung der Honoraransätze. Bei den Ingenieurbüros sind die Geschäftserwartungen des 4. Quartals eher pessimistisch; hier dürften auch die Honoraransätze weiter unter Druck kommen.

### Bauhauptgewerbe

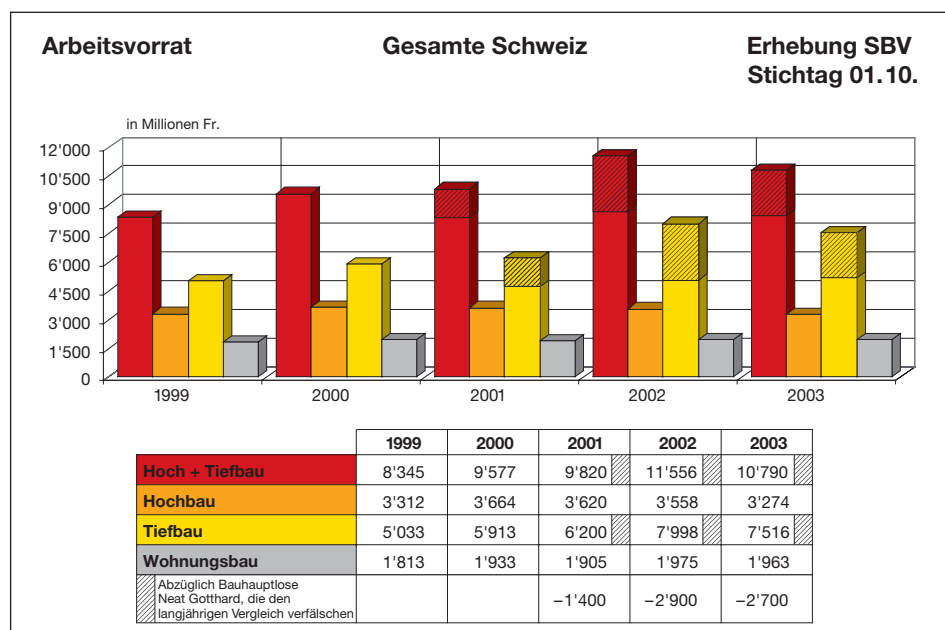
Der Krebsgang im schweizerischen Bauhauptgewerbe hält an. Die Ergebnisse der KOF-Umfrage zum 3. Quartal 2003 fielen im Bauhauptgewerbe pessimistischer aus als in der

letzten Umfrage. In der Tat zeigt die Quartalerhebung des Schweizerischen Baumeisterverbandes von Januar bis September 2003 einen Rückgang der Bautätigkeit von 2,5 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Besonders schwierig war die Lage im Hochbau. Zwar vermochte der Wohnungsbau gegenüber dem letzten Jahr um 2,3 % zuzulegen und lag 5,7 % über dem tiefsten Niveau der 90er Jahre (1999). Dabei nahm der Umbauanteil gemäss KOF-Umfrage weiter zu. Umso unbefriedigender war dafür die Situation im gewerblichen und industriellen Hochbau. Hier schrumpfte das Volumen um 15,6 %, was knapp 300 Mio. Franken entspricht. Dies unterstreicht die schlechte Verfassung der Schweizer Wirtschaft insgesamt. Erfreulicherweise bewegte sich der Hochbau für öffentliche Auftraggeber «nur» 2,3 % unter dem letztjährigen Niveau. Für den Tiefbau wurde in den drei ersten Quartalen dieses Jahres noch eine relative Konstanz der Ausgaben festgestellt, wenn auch die Aufteilung zwischen Bund einerseits und Kantonen und Gemeinden andererseits nicht möglich ist. Ob die von der Bauwirtschaft geforderte Verstärkung der öffentlichen Bauausgaben des Bundes bzw. die Steigerung der Bauinvestitionen auf regionaler Ebene Realität und von Dauer ist, lässt sich aufgrund dieser Zahlen nicht beantworten; die Entwicklung der Auftragseingänge spricht gegen positive Erwartungen.

In den ersten neun Monaten 2003 bildete sich der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe stark zurück (-9%); darunter leidet der von der öffentlichen Hand massgeblich geprägte Tiefbau am meisten (-15 %, bzw. -4 %, wenn man das 2002 vergebene 3. Bauhauptlos der NEAT Gotthard aus Gründen einer langzeitigen Vergleichbarkeit ausser acht lässt). Entsprechend bildet sich der Arbeitsvorrat im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Stand per 1. Oktober des letzten Jahres langsam zurück, nämlich gesamthaft um 6,6 % (Hochbau 8 %, Tiefbau 6 %), nur im Wohnungsbau ist der Vorrat knapp konstant (-0,6 %) geblieben.

Im Laufe dieses Jahres und im Zusammenhang einerseits mit grossen Infrastrukturaufträgen, die in den letzten 2 Jahren vergeben wurden, andererseits mit Rationalisierungsnotwendigkeiten in Erwartung einer Trendwende, lagen die Ausgaben für Neuinvestitionen im Baubetriebsinventar nach neun Monaten rund 21 % über dem Wert des Vorjahres. Dabei stellte man grosse regionale Unterschiede fest. Zuwächse verzeichnete u. a. der Kanton Graubünden. Abgänge wurden in grösserem Ausmass aus den Kantonen Neuenburg, Luzern und Tessin gemeldet.

### Bauhauptgewerbe



Verzeichnet wurde ein weiterer Rückgang der Beschäftigten per Stichtag der Erhebung des SBV vom 30. September. Die Abnahme im Vergleich zum Vorjahr hielt an. So waren geschätzt noch 85000 Vollbeschäftigte im Bauhauptgewerbe zu verzeichnen (-6,3%). Beim technischen und kaufmännischen Personal war der Rückgang mit rund 670 (-5,7%) einiges geringer als beim Betriebspersonal (-4920 bzw. -6,6%). Gemäss KOF-Umfrage ist eine weitere Reduktion geplant. Lehrlinge sind 120 weniger gemeldet worden, was einem Rückgang von 3,2% gegenüber dem Stichtag vom letzten Jahr entspricht. Dies weist auf die Tatsache hin, dass das Bauhauptgewerbe über offene Lehrstellen verfügt.

### **Ausbau und Gebäudehülle**

Die Teilnehmer des Ausbaugewerbes an der KOF-Umfrage melden mehrheitlich (rund 63%) ein knapp befriedigendes bis befriedigendes Urteil zur Geschäftslage, wobei die negativen Meldungen («schlecht») mit 24% die positiven («gut») mit 13% klar übertreffen. Bei den Bauinstallationen wie auch im «übrigen Ausbaugewerbe» schrumpfte endlich die Bautätigkeit nicht weiter. Die Reichweite des Auftragsbestandes verharrte bei rund 3,3 Monaten, d. h. knapp über dem Wert vor Jahresfrist (3 Monate), trotz zwischenzeitlichem Personalabbau. Der berühmte Silberstreifen am Horizont, infolge einer leichten Verbesserung der Lage im Wohnungsbau, hinterlässt bei den befragten Unternehmen eine positive Entwicklungserwartung für die nächsten Quartale.

Bei einem stagnierenden Geschäftsgang und einem tiebleibenden Auftragseingang beim «übrigen Ausbaugewerbe» liegen die Erwartungen in den Bauinstallationsparten besser als vor Quartalsfrist und viel besser als vor Jahresfrist. Die Arbeitsvorratszunahme im Elektroinstallationsbereich ist markant (Reichweite 4,6 Monate gegenüber 3,9 bzw. 2,4 Monate); der im Quartalsvergleich gemeldete, sinkende Kapazitätsnutzungsgrad der Maschinen lässt übrigens auf Investitionen in dieser Sparte schliessen. Die Beschäftigung soll erhalten werden, auch wird hier kein Hemmnis oder Engpass angegeben. Allerdings wird von den meisten Teilnehmern ein zu tiefes Preisniveau erwartet.

Auf dem Gebiet Heizung und Klima herrscht ebenfalls ein relativ positives Stimmungsbild. Der Auftragsbestand (Reichweite 4,1 Monate gegenüber 3,6 vor Quartals- und Jahresfrist) hat zugenommen, was jedoch im Hinblick auf den gemeldeten Preisdruck nicht zu einem ungetrübten Urteil führt. Diese Zurückhaltung in der Beurteilung der Lage führt möglicherweise zu Vorsicht im Aufbau von Ressourcen und Kapazitäten, was sich im hohen und steigenden Kapazitätsnutzungsgrad der Maschinen und im Mangel an qualifizierten Arbeitskräften niederschlägt. Bemerkenswert in dieser Sparte ist der steigende Anteil an Neuinstallationen.

Als eher konstant auf gutem Niveau beurteilen die Unternehmen des Sanitärbereiches ihre Geschäftstätigkeit. Auch wenn die Zahl der positiven Erwartungsmeldungen für die nächsten 3 bzw. 6 Monate etwas tiefer liegt als in den Vorquartalen, hat die Zahl der negativen Meldungen nicht zugenommen; mehrheitlich (über 50%) werden die Erwartungen weiterhin als befriedigend oder ausreichend angegeben. In der Tat wird die Geschäftslage von weniger als 10% der befragten Unternehmen als schlecht beurteilt. Wie in der Sparte Heizung und Klima steigt hier auch der Anteil an Neuinstallationen, der Kapazitätsnutzungsgrad der Maschinen sinkt jedoch leicht. Der Preisdruck scheint sich in der Regel für diese Sparte in Grenzen zu halten.

### **Produktion und Handel**

Der Zementverbrauch ist ein wichtiger Indikator für die Bautätigkeit. Er wird per Ende Jahr rund 5% tiefer liegen als gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist zu beachten, dass die Grossbaustellen der NEAT am Gotthard und am

Lötschberg weiterhin wichtige Stützen dieses Indikators sind. Regional betrachtet liegen die Kantone Uri, Zug und Luzern 15% bis 30% im Plus, Bern, Freiburg, Waadt und Neuenburg etwa auf Vorjahreskurs, während die Wirtschaftsregionen Zürich, Aargau und Basel deutlich über 10% Rückgang verzeichnen. Das zeigt, wie wenige Impulse von der Wirtschaft auf die allgemeine Bautätigkeit ausgehen.

Auch von der Ziegeleiindustrie wird weiterhin ein Rückgang gemeldet, was die tiefe Wohnbauquote belegt. Bei den Investitionen der Bauunternehmen in Maschinen und Geräte hat sich der bis Mitte Jahr verzeichnete Zuwachs gegenüber dem Vorjahr etwas verflacht.

## **Fazit**

### **Die Bauwirtschaft am konjunkturellen Wendepunkt?**

Wie die Ergebnisse der Erhebungen in der Bauwirtschaft zeigen, waren die Planungs- und Bauleistungen in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres mehrheitlich rückläufig. Der einzige Lichtblick vermittelt die Hoffnung auf leicht steigende Auftragseingänge in der Sparte des Wohnungsbaus. Die noch bestehende Verunsicherung der privaten Investoren, bedingt durch die andauernde (und hoffentlich bald zu Ende gehende) Konjunkturflaute und Wachstumsschwäche der Privatwirtschaft, zusammen mit der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen, welche zu einschneidenden Sparanstrengungen führt, haben bis vor kurzem zu Zurückhaltung, wenn nicht Zurückstufung bei den Konjunkturprognosen geführt. Der Mangel an Mietwohnungen in den Agglomerationen und bessere Konjunkturaussichten lassen endlich den Wohnungsbau neu beleben, wenn auch regional sehr unterschiedlich.

Bekanntlich profitiert die Bauwirtschaft von einem allgemeinen Konjunkturaufschwung (glaubt man den Konjunkturforschern, kann mit einem solchen gerechnet werden). Allerdings müsste sich, abgesehen vom Wohnungsbau, die wirtschaftliche Verbesserung zuerst verfestigen, bevor namhafte Investitionen seitens Gewerbe und Industrie getätigt werden. Schliesslich bleibt die Frage, wie sich die öffentliche Hand verhalten wird. Gerade das Sanierungs- bzw. Entlastungsprogramm des Bundes gibt falsche Zeichen, indem es die besondere konjunktur-, beschäftigungs- und wachstumspolitische Bedeutung von Investitionen, speziell von Bauinvestitionen, für unsere Volkswirtschaft verkennt. Ohnehin ist der Ansatz verfehlt, bei den zweckfinanzierten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu sparen und damit anstelle von volkswirtschaftlich nützlichen Investitionen laufende Ausgaben abzudecken. Fällt die Abnahme der öffentlichen Bauinvestitionen kleiner aus als prognostiziert (siehe Grafik der Titelseite), so könnte sich endlich die Bauwirtschaft, zum ersten Mal seit 15 Jahren, synchron mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum entwickeln. Gefordert sind hier alle, Bund, Kantone und Gemeinden, um den fragilen Aufschwung, notabene den tiefsten in ganz Europa, nicht zu gefährden. Zu mittelfristig verbesserten Rahmenbedingungen für private Bauinvestitionen können auch die Umsetzung des Steuerpakets 2001 (Wohneigentumsbesteuerung) und die Annahme des neuen Mietrechtes, welches das Mietrecht einfacher und etwas marktnäher macht, beitragen.



## LAUFENDE BAUWIRTSCHAFTLICHE KENNZIFFERN (INLAND)

BAUKONJUNKTUR- BAROMETER	AUFTRAGSBESTAND <sup>1</sup>					BESCHÄFTIGTE <sup>2</sup>				
	Veränderung in % zum Vorjahresstand					Veränderung in % zum Vorjahresstand				
	1.10. 2002	1.1. 2003	1.4. 2003	1.7. 2003	1.10. 2003	1.10. 2002	1.1. 2003	1.4. 2003	1.7. 2003	1.10. 2003
<b>PLANUNG</b>										
INSGESAMT (SIA)	- 6	- 6	- 8	- 9	- 9	± 0	± 0	- 1	- 1	- 3
- Architekturbüros	- 7	- 6	- 7	- 7	- 7	± 0	- 2	- 2	- 2	- 6
- Ingenieurbüros	- 5	- 6	- 6	- 7	- 5	+ 2	+ 2	+ 2	+ 1	± 0
<b>BAUHAUPTGEWERBE</b>										
INSGESAMT (SBV)	+18	± 0	- 1	- 8	- 7	- 2	+ 2	- 4	- 6	- 6
- Hochbau	- 2	- 3	- 1	- 2	- 8	<b>Schweizer</b>				
Wohnungsbau	+ 4	+10	+10	+ 8	- 1	- 2	- 1	- 3	- 4	- 5
Übriger Hochbau (insb. Wirtschaftsbau)	- 9	-15	- 8	- 8	-14	<b>Ausländer</b>				
- Tiefbau	+29	+ 2	- 1	-11	- 6	- 3	+ 4	- 6	- 6	- 7
- Öffentlicher Bau	+30	+ 1	- 3	-12	- 8	<b>Davon Saisonniers</b>				
- Privater Bau	- 4	- 3	+ 4	+ 2	- 3	- 6	± 0	± 0	-19	-18
<b>AUSBAU UND GEBÄUDEHÜLLE</b>										
SPENGLER- UND INSTALLATIONS- GEWERBE (suissetec)	+ 4	+ 6	+ 1	+12	- <sup>3</sup>	- 1	± 0	- 2	± 0	- 2
ELEKTROINSTALLATIONSGEWERBE (VSEI)	+ 1	± 0	- 4	- 7	- <sup>3</sup>	+ 1	+ 2	± 0	± 0	- 1
SCHREINERGEWERBE (VSSM)	- 9	- 1	+ 6	+20	- <sup>3</sup>	- 2	- 2	- 1	- 2	- 2
METALLBAUGEWERBE (SMU)	+17	+13	+ 1	-10	- <sup>3</sup>	- 6	- 6	- 8	- 6	- 5
MALER- UND GIPSERGEWERBE (SMGV)	+23	+28	+ 5	+ 8	- <sup>3</sup>	- 1	- 1	- 2	- 1	- 2
<b>PRODUKTION UND HANDEL</b>										
BAUMASCHINENFABRIKATION UND -HANDEL (VSBM)	± 0	- 6	- 7	- 7	- <sup>3</sup>	- 1	+ 2	+ 3	+ 2	- <sup>3</sup>
BINDEMITTELINDUSTRIE (CEMSUISSE)						± 0	± 0	- 3	- 2	- 1

bauenschweiz

<sup>1</sup> Basis: Nominelle Werte in Franken

<sup>2</sup> Beschäftigte in Planung, Ausbaugewerbe und Produktion und Handel gemäss Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS).

<sup>3</sup> Werte bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar

<sup>4</sup> Erhebungsstichtag: 1.4.

Die reale (preisbereinigte) Veränderung obiger Auftragsbestände kann annäherungsweise durch Abzug nachstehender Teuerungsraten gewonnen werden (ohne Tiefbau):		
<b>Wohnbaupreisindizes<sup>4</sup></b>	2002 zu 2001	2003 zu 2002
Zürich	-0,1 %	-3,1 %
Bern	-1,2 %	-3,1 %
Luzern	+0,9 %	-1,3 %
Genf	+2,3 %	+0,3 %

Herausgeber: Geschäftsstelle bauenschweiz  
Weinbergstrasse 49, 8035 Zürich

Präsident: R. Keller, Pfäffikon ZH

Redaktion: Ch. Buser (Geschäftsführer)  
R. Altoè, E. Loward

Grafische Gestaltung: sihdruk,  
Druckerei a/d Sihl AG, Zürich

Weitere Mitarbeit: A. Röllin, B. Eix

Erscheint vierteljährlich. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.